Westfälische Zeitung.

№ 71.

Vierter Jahrgang.

1851.

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. Vierteljährlicher Abonnementspreis: in den Expeditionen zu Paderborn, Hamm und Münster 1 Thlr. 7½ Sgr., in den übrigen Expeditionen der Provinz Westfalen, der Lippeschen Fürstenthümer und des Fürstenthums Waldeck 1 Rthlr. 15 Sgr., in den Expeditionen der andern Provinzen des Preuß. Staates 1 Rth.r. 22½ Sgr. Zu diesen Preisen können jedoch nicht weniger als 6 Exempl. unter einer Adresse verschickt werden, dagegen ist der Preis für einzelne Exempl., welche von auswärts direkt bei uns bestellt und **täglich portofrei** übersandt werden, ohne Rücksicht auf die Entfernung des Wohnorts des Bestellers, im ganzen Umfange des Preuß. Staates: a. für 1 Exemplar 2 Thlr. 15 Sgr., b. für 2 Exempl. 4 Thlr., c. für 3 Exempl. 5 Thlr. 15 Sgr., d. für 4 Exempl. 6 Thlr., e. für 5 Exempl. 7 Thlr. — Anerbietungen zur Uebernahme von Filialexpeditionen, denen wir einen angemessenen Rabatt bewilligen, sind uns überall willkommen. Die Abonnementsgelder sind pränumerando zu zahlen. Briefe und Gelder werden franko erbeten. — Im Auslande nehmen die Postanstalten Bestellungen an. — Inserate werden mit 1 Sgr. für die vierspaltige Zeile aus kleiner Schrift oder deren Raum berechnet.

Paderborn,

Dienstag, den 25. März.

Die „Westfälische Zeitung“ hat zwar den Postdebit noch nicht wieder erhalten, sie erscheint aber dennoch im nächsten Quartal und zwar **unter einem bedeutenden Zuwachs an Redaktionskräften** fort. Bestellungen werden möglichst frühzeitig erbeten, auswärts durch unsere bekannten Filialexpeditionen, im Auslande durch die Post. Der Abonnementspreis, **welcher pränumerando zu zahlen ist,** bleibt derselbe.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin, Kammerbericht. Tagesbericht. Posen, Stefansky. Münster, Gierse und Gruwe. Kiel, Zustände. Malchin, Gesetz wegen Aufhebung der Prügelstrafe zurückgenommen. Dresden, Bromme freigesprochen. Kassel, Urtheile. Beß und Rieß. Darmstadt, Kammer. Mannheim, Itzstein. Heidelberg, Verhaftungen. Karlsruhe, Frau Stehlin verurtheilt. Stuttgart, Aufhebung der Tübinger Bürgerwehr. München, Kammer. Episcopatsforderungen. Aus östreichisch Schlesien, Presse. Wien, Tagesbericht. Desertionen.

Ausland. Ungarn, die Emigration in Kiutahia. Schweiz, Grenzcordon. Flüchtlinge. Grabrede. Italien, Zustände in Sardinien. Frankreich, Bildung eines definitiven Ministeriums. Tagesbericht. Großbritannien, Commercielles. Türkei, Insurrektion in Bosnien. Amerika, Statistisches. Kossuth.

Deutschland.

LC. **Berlin.** 1. Kammer. Sitzung vom 22. März. Präs. Graf Rittberg. Eröffnung nach 10 Uhr. Der Präs. zeigt an, daß am nächsten Donnerstag das neue Sitzungslokal der ersten Kammer vollendet sein werde. Er knüpft hieran Wünsche für den Prinzen von Preußen, dessen Geburtstag heute gefeiert werde. Die Kammer erhebt sich. Ueber das Preßgesetz in der Fassung nach der Schlußredaktion soll hierauf abgestimmt werden. v. Rönne bemerkt zu § 60, daß die Kammer die Postdebitsentziehung verworfen habe. Die Fassung müsse der Art sein, daß die Handhabung dieser Maaßregel nunmehr nicht mehr zulässig sei. v. Zander und Mathis treten dieser Ausführung bei. Der Minister v. Westphalen erklärt: Eine Diskussion sei jetzt unstatthaft, und er verwahre sich gegen einseitige Interpretationen. v. Gerlach. Die Kammer habe der Postdebitsentziehung als einer gesetzlichen Anordnung die Kraft entzogen. Habe die Regierung die Befugniß dazu früher im Verwaltungswege besessen, so habe der Beschluß der Kammer hierin nichts ändern können. Mathis bestreitet diese Auslegung. Der Beschluß der Kammer habe die Maaßregel überall annullirt. — Die Majorität erhebt sich für den Gesetzentwurf. — Der Kommissionsbericht über die Ausführung einer Eisenbahn von Posen nach Breslau kömmt zur Verlesung. Hansemann bekämpft den Antrag, weil ein Beschluß zunächst von der zweiten Kammer ausgehen müsse. Der Handelsminister versichert: die Regierung werde selbst einen Gesetzentwurf einbringen, der Zeitpunkt lasse sich jedoch noch nicht bestimmen. Es wird hierauf eine von Brüggemann beantragte Tagesordnung:

„mit Rücksicht auf die bereits von der Staatsregierung ertheilte Zusicherung, daß die nach Vollendung der Ostbahn für Eisenbahnbauten beschaffbaren Mittel zunächst auf eine Eisenbahn von Posen nach Breslau in einer näher festzustellenden Linie verwendet werden sollen, zur Tagesordnung überzugehen“ angenommen. (Schluß 2 Uhr.)

Börse. Die Börse war heute im Allgemeinen etwas günstiger gestimmt als gestern und die Course etwas höher.

2. Kammer. Sitzung vom 21. März. Präsident Graf Schwerin. Eröffnung nach 11 Uhr. Der Justizminister überreicht einen Gesetzentwurf, die Civil- und Criminalrechtspflege in Hohenzollern betreffend. Die Verordnung vom 12. Nov. p.J. betr. die Kriegsleistungen, steht auf der Tagesordnung. Die Commission beantragt:

1. Die Verordnung als dringlich und verfassungsmäßig anzuerkennen;
2. sich mit dem Inhalt des neuen Gesetzentwurfs und damit einverstanden zu erklären, daß dieser für die Zukunft an Stelle der Verordnung vom 12. Nov. 1850 tritt.“

In Zusammenhang mit diesem Antrage legt die Commission einen neuen Entwurf vor. — Der Finanzminister erklärt: die provisorische Verordnung sei ein Werk des Augenblicks und deshalb nicht ohne Mängel. Die Regierung wolle also den Entwurf der Commission annehmen, sie hoffe dadurch zur Abkürzung der Berathung wesentlich beizutragen.

Eine große Reihe von Rednern ist eingeschrieben. Beseler bekämpft als der erste Redner die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung, sie verletzt ein Recht der Kammer, welches nicht blos der Konstitutionalismus, sondern jedwedes ständische Recht, der Volksvertretung beilege. — Falk spricht für die Dringlichkeit und für ein von ihm gestelltes dieselbe anerkennendes Amendement. — Brehmer will nicht politische Fragen hier erörtern, sondern lediglich untersuchen, ob die Regierung ein Recht gehabt habe, die Verordnung zu erlassen. Er stimmt gegen die Dringlichkeit. — Graf Arnim-Boytzenburg bestreitet die Verfassungswidrigkeit der Verordnung. Die Verfassung gab die Gegenstände, bei welchen eine Oktroyirung unzulässig sei, ausdrücklich an, und der Gegenstand des vorliegenden Gesetzes sei nicht unter diesen. Es handle sich nicht um eine Anleihe oder eine neue Steuer, sondern um Leistungen. — v. Vincke: Aus den vorgetragenen Argumenten folge, daß die Kammern überhaupt überflüssig seien. Die Dringlichkeit zu erörtern sei im Grunde ein müßiges Geschäft, denn sie komme gar nicht in Frage, wo es sich um etwas augenfällig Verfassungswidriges handle. Um aus jedem Dilemma herauszukommen, habe die Regierung nur die Kammern einberufen dürfen. — **Der Schluß der Diskussion wird angenommen.**

Der Ministerpräsident nimmt noch das Wort. Er erinnert an eine Unterscheidung, die neulich aufgestellt worden sei. Man habe die Staatsmänner in Genies, Doktrinärs und Ignoranten getheilt. Er wolle sich nicht bedenken, sich zu den letztern zu zählen, während der vorige Redner sich jedenfalls das Genie vindiciren werde. Mit Genies zu streiten, würde vermessen, mit Doktrinärs — zumal für Ignoranten — fruchtlos sein. Er wolle deshalb davon abstehen. Auch die Ursache der Mobilmachung und die zwingenden Umstände des November wolle er nicht erörtern. Die Ereignisse des November seien nicht mehr ungeschehen zu machen, er wolle deshalb nur auf das Eine hinweisen, daß die preuß. Regierung bei der Rüstung einen europäischen Krieg vor sich gehabt und damit die Pflicht übernommen habe, sich mit allen Mitteln für einen solchen vorzubereiten. „Was man auch über Olmütz gegen ihn vorbringen möchte, so wolle er nur bemerken, daß er nicht dorthin gegangen wäre, ohne ein größeres Heer hinter sich zu haben.“ Er wisse, daß man die Männer, welche die Säulen des gesunkenen Staates aufgerichtet hätten, angegriffen habe, weil man geglaubt habe, es besser machen zu können, aber nicht jedes Bessermachen sei eine Besserung, auch mit Bessermachen könne man unterminiren. — Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen kömmt man zur Abstimmung. Zunächst über den Antrag von Beseler und Genossen: „die Erklärung abzugeben: daß der Erlaß der Verordnung vom 12. Nov. 1850 mit der Verfassung nicht in Einklang steht.“ Der Antrag wird mit 159 gegen 105 verworfen. Sodann über den Antrag von Richtsteig und Genossen: „daß, wenngleich in Folge Königl. Befehls zur Mobilmachung der Armee vom 6. Novbr. 1850 das Bedürfniß einer die Kriegsleistungen interimistisch bis zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme regelnden Verordnung als ein dringendes anzuerkennen, — dennoch der Verordnung, als einer über dieses Bedürfniß hinausgehenden, der verfassungsmäßigen Beschlußnahme der Kammer vorgreifenden mit den Artikeln 9, 62, 63, 103. der Verfassung insoweit nicht in Einklang stehenden, — nur insoweit zu ertheilen, als auf Grund derselben Rechtsverhältnisse gegen Dritte und Rechte und Ansprüche Dritter gegen den Staat bereits begründet worden, — im Uebrigen aber diese Genehmigung zu versagen.“

Auch dieser Antrag wird mit 147 gegen 127 Stimmen verworfen.

Endlich wird ein Antrag von Görtz und Genossen: „in Festhaltung des Verfahrens, welches bei der Prüfung provisorischer Verordnungen bisher in der Regel befolgt ist, zu beschließen: 1., daß die Dringlichkeit der prov. Verordnung vom 12. Nov. 50 anzuerkennen; 2., daß die Beschlußnahme über die Genehmigung bis zum Austrag der Verhandlungen über den neuen Gesetzvorschlag vorzubehalten“ mit 154 gegen 108 Stimmen angenommen. (Schluß 4¼ Uhr.

B **Berlin,** 22. März. Die gestrige Sitzung der 2ten Kammer war in mehr als einer Hinsicht interessant, und zwar nicht, weil dort große, inhaltsreiche Reden gehalten worden wären, sondern eben, weil dieß nicht der Fall war. Es wurde gestern gleichsam eine offene Darlegung der Schwäche jener Partei gegeben, welche vor 2 Jahren über die Niederlage der Demokratie jubelte, weil sie sich stark genug wähnte, den Schauplatz der Weltgeschichte allein behaupten zu können, und ich muß aufrichtig gestehen, es war mir einiger Maßen eine Genugthuung, als ich diese sonst so redseligen Leute in dem Bewußtsein nicht nur ihrer Schwäche, sondern auch ihrer Schmach so wortkarg, so kleinlaut sah. Das Gesetz vom 12. Novbr., die Kriegsleistungen betreffend, war in der That ein Hohn auf die ehrenwerthen Männer, die an der Lehre von den 2 Gewalten so unverbrüchlich festhalten wollen und eben deshalb mußte eine Berathung desselben die Stärke oder Schwäche dieser Partei offen dokumentiren. Und was haben sie gethan, die Herrn Beseler, von Vincke, von Beckerath? Geredet haben sie allerdings — das wollten sie doch, als das letzte, ihnen übrig gebliebene Recht, sich nicht nehmen lassen, aber wie haben sie geredet? Nicht mehr mit der hohen Tribünen-Begeisterung von „vordem“, nicht mehr mit jenem Bewußtsein, welches seiner Welt und seiner Macht sicher ist, sondern mit dem Bewußtsein ihrer längst vollzogenen Vernichtung und mit jener Niedergeschlagenheit, die jene Folge der Schwäche ist, ohne Hoffnung der Wiedererhebung. Graf Arnim, der Mann, der nicht in, sondern neben und außerhalb der Verfassung den eigentlichen Staat und das eigentliche Gebiet des Staatsmannes erblickt, setzte den Herrn Verfassungsmenschen einfach auseinander, daß unter solchen Verhältnissen, wie die in Rede stehenden, von einem engherzigen Festhalten an der Verfassung nicht die Rede sein könnte, und, als Herr von Manteuffel, der Mann mit der klanglosen Stimme, aber klingenden Bayonetten, dann die konstitutionellen Bedenklichkeiten nicht höher anschlug als eines Schulbuben naseweises Gerede, das man mit ein Paar Witzen oder wenns Noth thut, mit einem derben „Halts Maul!“ beseitigt, da — nun, da erkannte die Kammer das Verfahren der Regierung als gerechtfertigt an, und behielt sich nur vor, einige nöthig erscheinende Veränderungen in der Verordnung anzubringen, mit denen sich der Finanzminister schon zuvor für einverstanden erklärt hatte. Die konstitutionelle Partei ist vernichtet und die Verfassung selbst nur noch ein schöner (?) Schein, an welchen die Herren im Grunde auch nicht mehr so recht glauben mögen, das ist die Lehre der gestrigen Kammersitzung, aber — sollen wir in das Lamento einstimmen, welches die Blätter jener Partei über diese Entwicklung nicht zurückhalten können?

Ich denke nicht, daß wir Ursache dazu haben. Im Gegentheil! Wenn unsere Gegner sich gegenseitig zersetzen und vernichten, da können wir immer gute Miene zu dem Spiel machen: sie nehmen uns dadurch ja nur ein gut Theil Arbeit ab, und helfen uns nebenbei noch den Boden pflügen, den wir anzubauen gedenken. Denn im Volke herrscht doch eine ganz andere Meinung über die Verordnung vom 12. Nov., als sie von den „Vertretern des Volkes“ gestern ausgesprochen worden ist. Wenn Herr von Manteuffel sich die Mühe geben wollte, alle die Proteste einzusehen, welche bei unserm wohllöbl. Magistrat gegen den „Sublevationsbetrag“ eingelaufen sind, den derselbe im Betrage von 5 Prozent auf die Miethesteuer zu schlagen beliebt hat, da könnte Se. Exzellenz Entdeckungen und Enthüllungen machen, die vielleicht auf authentischeren Quellen beruhten, als so manche andere, die früher in die Welt geschickt worden sind. Denn, wenn es auch wahr ist, was, irre ich nicht, Graf Arnim neulich sagte, daß das Volk vielleicht an allem Andern, nur nicht an der Verfassungsmäßigkeit der Verordnung vom 12. Nov. gezweifelt habe (es könnte in Anbetracht der Verfassung seine guten Gründe dazu gehabt haben), so ist es doch nicht weniger wahr, daß mindestens drei Viertheile der hiesigen Bevölkerung jene Kriegssteuer zu bezahlen sich geweigert haben. Eine derartige „gehorsamste Vorstellung an den hochlöblichen Magistrat“ habe ich neulich selbst zu Händen gehabt. Ein schlichter Bürger führt darin eine keineswegs demüthige Sprache und macht keineswegs mit beschränktem Unterthanenverstande dem „Staate“ gerade zu den Vorwurf kommunistischer Tendenzen, — eine ähnliche Stimmung herrscht in unserer ganzen Bevölkerung, herrscht selbst in Kreisen, die bisher mit ihrem Conservatismus Staat getrieben haben. Oder sollte diese „Widerspännstigkeit“ eigent-

lich nur von dem plötzlichen Niederschlage herrühren, der auf die „begeisterte“ Zeit vom 12. Nov. gefolgt ist, und sich deshalb durch eine glückliche Wendung der Dinge auch sogleich wieder in allgemeines Wohlgefallen auflösen? In der That habe ich von einigen aufrichtigen „Treubündlern,“ die sich den wahren Stand der Dinge nicht mehr verheimlichen konnten, dergleichen Hoffnungen als Trost in ihrer Verzweiflung aussprechen hören, aber erstlich ist es mit dieser glücklichen Wendung ein weit aussehendes Ding, und was jene gerühmte Begeisterung aus den Novembertagen betrifft, so haben wir diese doch auch kennen gelernt. Kurz und gut! Das Volk denkt anders, als die ehrenwerthen Herren, die es nicht für seine „Vertreter“ hält, und wenn jene auch verzweifeln, weil sie sich vernichtet wissen, das Volk braucht nicht zu verzweifeln. Es lebt eine große Hoffnung im Volk, die mit jedem Tage mehr und mehr ins Bewußtsein tritt und — gewisse Dinge kommen einmal, wie ein Dieb in der Nacht.“ Ich denke, wir sind die Einzigen, die gefaßt auf diese Dinge sind.

Für morgen, höre ich, wird in allen Kirchen ein großes Dankfest stattfinden, und wissen Sie, aus welcher Veranlassung? Se. Maj. haben vor einigen Tagen in der Nähe des Brandenburger Thores ein Unglück gehabt, daß Ihnen ein Rad am Wagen gebrochen ist, und daher wird man ein Tedeum singen für „wunderbare Errettung.“

* **Berlin**, 22. März. Heute am Geburtstage des „ritterlichen“ Prinzen von Preußen werden in Privatcirkeln und Seiten's vieler Gesellschaften patriotische Feste mit Magen- Ohrengenuß gefeiert; die loyale Presse, Preuß. Zeitung wie das C. B. strömen über von herzerquickender Begeisterung und überbieten sich im edlen Wetteifer, ihr dankbares Leserpublikum, das sie natürlich „Volk“ nennen, mit den poetischen Beiwörtern für die Tugenden des Festhelden zu regaliren. Die „Preußische“ verkündet auch Jedem, der bis dahin etwa mit seinem beschränkten Unterthanenverstande noch nicht zu vereinbaren vermocht hat, weshalb „heute aus tausend und aber tausend patriotischen Preußenherzen dem hoch verehrten Prinzen ein donnerndes Hoch ertöne“, die Quelle, aus der diese Liebe fleußt. Er steht deßhalb so hoch in unserm Herzen, verkündet sie, „weil Er voran leuchtet in Gehorsam und Treue gegen Seinen König und Herrn, wohl wissend, daß es das Königthum von Gottes Gnaden, daß es, mit ihm, Preußens Zukunft zertrümmern heißt, wenn nicht Diejenigen, die dem Thron zunächst stehen, allen Anderen zuvorkommen wollen in gehorsamer, treuer, aufopfernder Hingebung an den König und Seinen Willen. Aber das Volk verehrt diesen Prinzen auch deshalb, weil die Geschichte wüster Jahre an Seinen Namen Erinnerungen knüpft, die uns das unerschütterliche, am wenigsten durch erheuchelte Hoffnungen geschwächte Vertrauen geben, daß dieser Prinz von Preußen niemals dazu die Hand bieten wird, einen König von Preußen balanciren zu lassen auf dem Gleichgewichte der Gewalten und zum Unterthan einer sogenannten „parlamentarischen Regierung“ zu machen. Der Name des Prinzen von Preußen wird auch ferner eines der Symbole des legitimen Königthums und der bürgerlichen Ordnung sein, deren Erhaltung und Befestigung die Grundbedingung aller gedeihlichen Entwickelung im Innern, alles Ansehens und aller Macht Preußens nach Außen ist.“ Sonderbar, daß gerade dieser herzerwärmende Erguß des patriotischen Gefühls in uns gewisse Erinnerungen aus jenem „wüsten“ Jahre und aus den „wüsten“ Märztagen jenes Jahres wieder wachrufen muß. Derselbe „erste und loyalste Diener Seines Königs“ (C. B.), der heute nach der „Preuß.“ niemals die Hand dazu bieten wird, einen König von Preußen balanciren zu lassen auf dem Gleichgewicht der Gewalten“ u. s. w. befand sich heute vor drei Jahren auf einer konstitutionellen Rundreise, gemäß der doch gewiß authentischen Erklärung des konstitutionellen Märzministers, Camphausen, mit der Mission betraut das Balancirsistem des Constitutionalismus an den Quellen zu studiren; seine damaligen Erfahrungen müssen also doch wohl wenig erfreulicher Natur gewesen sein, da sie nach den Versicherungen der gewiß gutunterrichteten „Preußischen“ eben nur dazu gedient haben können, ihn gegen die „parlamentarische Regierung“ zu wappnen. — Nach dem C. B. wird Hr. v. Radowitz die Industrieausstellung in London besuchen, ob für innere oder äußere Mission, wird nicht gesagt. — Wir wissen nicht, ob wir es dem C. B. als Ironie oder gar als Böswilligkeit auslegen sollen, daß es gleich nach der Versicherung, es seien neuerdings wieder Schritte geschehen, um den faktischen Zustand Kurhessens in einen „Rechtszustand“ übergehen zu lassen, die Notiz bringt, daß die Akten in der Hassenpflugschen Sache von dem Justizminister eingefordert seien. — Dasselbe C. B. giebt die beruhigende Versicherung, daß die anhaltischen Minister bei ihrer Zusammenkunft sich von der Nothwendigkeit überzeugt hätten, mit Preußen zu gehen! — Die provisorisch erlassene Verordnung über den Belagerungszustand hat in der Kommission der 2ten Kammer keine wesentliche Aenderungen erlitten. Die einzige erwähnenswerthe Abänderung, welche die Kommission beantragt, ist die dem Kriegsgericht beigelegte Befugniß, mildernde Umstände zu berücksichtigen(!) und bei deren Vorhandensein, statt auf den Tod, auf 10—20jährige Freiheitsstrafe zu erkennen. — Nachdem die zweite Kammer nunmehr das Budget in allen seinen Theilen revidirt hat, kommt es darauf an, daß dieses Budget mit Berücksichtigung der von der Kammer gefaßten Beschlüsse feststellende Finanzgesetz zu berathen. Die Resultate der Revision gehen dahin, daß die Einnahme um 100,000 Thlr. aus dem Gewinne der Seehandlung, die wieder auf den Etat gebracht werden sollen, erhöht, der Ausgabe-Etat dagegen um 442,937 Thlr. vom Etat abgesetzten fortdauernder und um 2,655 Thlr. einmaliger außerordentlicher Ausgaben verringert worden ist. Dagegen ist der Ausgabe-Etat um 165 Thlr. (Mehrausgabe bei dem Etat der Kammern) erhöht worden. Hiernach ist folgendes Finanzgesetz entworfen worden, um in der künftigen Woche zur Beschlußnahme vorgelegt zu werden; „§ 1. der Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1851 wird in Einnahme auf 93,294,959 Thlr. und in Ausgabe auf 96,367,532 Thlr., nämlich auf 93,040,939 Thl. an fortdauernden und auf 3,326,593 Thlr. an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben festgestellt. — § 2. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.“ — Die Einführung des neuen Strafgesetzbuches soll nach dem Vorschlage der Kommission schon mit dem 1. Juli d. J. in der Art erfolgen, daß das Gesetzbuch mit jenem Termine Rechtskraft erlangt. Neben dem Gesetzbuche bleiben jedoch noch so viele strafrechtliche Spezialgesetze bestehen, daß die Commission deren Aufzählung im Einführungsgesetz für unausführbar erklärt. — Gestern Abend 7 Uhr und heute Mittag 12 Uhr hatte der Minister-Präsident Sr. Maj. dem Könige in Charlottenburg Vortrag zu halten. Nach seiner Rückkehr fand noch eine Conferenz der Minister im Staatsministerium statt. Man bringt diese Berathungen mit dem Inhalt der demnächst nach Wien zu erlassenden Antwortsnote zusammen. Die Neue Pr. Ztg., deren reaktionärer Eifer aber der neuesten „Preuß. Z.“ gegenüber beinah schon altersschwach erscheint, bricht in ihrem heutigen Leitartikel wieder eine Lanze wider den „östreichischen Absolutismus“, und zwar „von Gewissenswegen.“ Die N. Pr. Z. ist auf einmal entsetzlich verfassungstreu geworden, und scheint bei ihrer letzten Häutung die „Dickhäutigkeit des Gewissens“, durch welche sie sich vordem auszeichnete, abgelegt zu haben. Wenigstens erscheint ihr Gewissen heute äußerst empfindlich. „Wir dürfen, sagt sie, Niemand den Vorzug einräumen, einen Eid gewissenhafter zu halten als wir, und wir dürfen nicht schweigen. wenn die seitherigen Resultate der Dresdener Conferenzen dem Verdacht Raum geben, als ginge man auch in Preußen damit um, eine feierlich beschworene Verfassung anders als auf dem gesetzmäßigen Wege zu ändern. Unzweifelhaft ist eine schlechte Verfassung ein großes Unglück, doch verschwindet dies vor der der größeren Gefahr, das Rechtsbewußtsein der Völker, so wie Treue und Glauben, durch heimliche Künste von Grund aus und und unheilbar zu zerstören.“ Die N. Pr. Z. als Kämpe für die „Verfassung, ist das nicht, um einen bange zu machen!

— Die heutige Nummer der Urwähler-Zeitung und die Abendausgabe der Constitutionellen Zeitung sind polizeilich mit Beschlag belegt worden. (N. Z.)

— Wie man vernimmt, hat der Staatsanwalt sich an das Präsidium der zweiten Kammer gewandt, um von dieser Erlaubniß zur Verfolgung gegen den Abgeordneten Harkort zu erlangen, nachdem das hiesige Kreisgericht die von ihm eingereichte Anklage auf Absicht zur Erregung von Unzufriedenheit durch den saisirten Bürger- und Bauernbrief für begründet erachtet hat. (B. Z.)

γ **Berlin**, 23. März. Es leidet nun keinen Zweifel mehr, daß in kürzester Frist, vielleicht in wenig Wochen schon, der neue Bundestag in vollem Glanze sein Amt antreten wird. Nach der letzten östreich. Note, die hierher gelangt ist, bleibt Preußen gar nichts mehr übrig, als vollständig und unverholen ins östreichische Lager überzugehen. Schwarzenberg versteht keinen Spaß und hat es auch diesmal bewiesen. Seine letzte Note ist noch kategorischer, noch abweisender, noch peremtorischer fordernd, als die frühere, — Und Manteuffel? Nun, der fährt bekanntlich fort, „entschieden“ zu sein. Bezeichnend ist auch diesmal wieder das Schweigen der neuesten Preuß. Zeitung, die das in allen ähnlichen Fällen schon als deutsche Reform gerade so gehalten hat. Verschiedene Ministerberathungen sind bereits auf einander gefolgt, zu dem Zweck, eine Antwort auf die Wiener Note festzustellen. Heute wird unter Vorsitz des Königs die letzte Berathung stattfinden. Was das Resultat derselben sein wird, darüber macht kein Mensch sich mehr Illusionen.

— Bekanntlich ist eine Beschränkung der Competenz der Schwurgerichte vielfach und von einflußreicher Seite her angeregt worden, daß die Regierung auf die nach dieser Richtung hin geäußerten Wünsche einzugehen gedenkt, darf, um von anderen hiefür sprechenden Thatsachen abzusehen, wohl um so weniger bezweifelt werden, als gelegentlich eines der wichtigsten Objekte für die Rechtsprechung durch Geschworene, der Preßvergehen, eine solche Kompetenzbeschränkung bereits vorgenommen ist und nur noch die Zustimmung der zweiten Kammer erwartet. Für einzelne Fälle soll eine nähere Begrenzung der Kompetenz der Geschworenen noch vor Erlaß einer neuen Strafprozeßordnung schon in Verbindung mit dem materiellen Strafrecht getroffen werden. Schon bei Berathung des Einführungsgesetzes zu dem letzteren wird darauf Bedacht genommen werden, gewisse Momente der zu richtenden Straffälle, so z. B. die Frage über die Rückfälligkeit der Angeschuldigten den Geschworenen ganz zu entziehen und sie lediglich der Beurtheilung der Richter zu überlassen. (C. B.)

Posen, 19. März. Der Buchdruckereibesitzer Stefanski hat in der gegen ihn auf Konzessionsentziehung eingeleiteten Untersuchung das hiesige Polizeidirektorium als Untersuchungsbehörde perhorreszirt, weil dasselbe in der Sache zugleich Denunziant ist. Die königl. Regierung ist auf diesen Einwand eingegangen, hat dem Polizeidirektorium die Untersuchung abgenommen und wird einen besonderen Kommissarius zur Instruktion der Sache ernennen. (Oss. Z.)

Lübben, 21. März. Der hiesige Communal-Landtag hat den Beschluß gefaßt, die Erklärung abzugeben, daß die Kammern und die Staatsregierung nicht berechtigt sind, ohne Mitwirkung der Stände über die Rechte derselben einseitige Beschlüsse zu fassen. (N. Pr. Z.)

† **Münster**, 23. März. Wenn man unsere Zeit und ihre Zustände recht genau kennen lernen will, so muß man sich nach recht vielen Seiten umsehen. Man darf selbst den Blick nicht von der Bureaukratie und ihrem Treiben abwenden; vielleicht gerade am wenigsten von ihr. Allerdings ist dem Treiben der Bureaukratie alle Oeffentlichkeit grundsätzlich widerstrebend und fremd. Ihr Streben kann daher auch nur sein, die Zustände zu verbergen, anstatt sie offen zu legen. Allein wer kann immer geschickt sein, und wer gibt nicht einmal im Leben sich eine Blöße?

Wir haben in und außerhalb der Kammer, von allen Lippen und Federn der Regierung seit einer Reihe von Monaten des Lobes nicht genug vernehmen können über die Freudigkeit, über den Eifer, über die Opferbereitwilligkeit, mit welchen bei der Mobilmachung der Armee alles zu den Fahnen des stehenden Heeres und der Landwehr geeilt sei.

Auf einmal bringt uns das gestern ausgegebene Amtsblatt der königlichen Regierung zu Münster eine öffentliche Vorladung des Kreisgerichts zu Teckenburg, durch welche nicht weniger als 195, schreibe Einhundert fünf und neunzig Personen, die sich durch Entfernung von ihrem Wohnorte ihrer Militärpflicht entzogen haben, zur Rückkehr bei Strafe aufgefordert werden.

Einhundert fünf und neunzig Personen aus einem einzigen Kreise, und zwar aus einem Kreise, der wegen seiner spezifisch Preußischen Gesinnung in der ganzen Provinz Westphalen bekannt ist. Die Thatsache bedarf keines Commentars weiter. —

† **Münster**, 22. März. Ich lese heute in Ihrer Zeitung, daß in Folge des bekannten Münsterschen Novemberkongresses von dem Justizministerium bei dem hiesigen Appell.-Gerichte angefragt sei, ob kein Material vorliege, um gegen den Rechtsanwalt Gierse und Assessor Gruwe noch eine Disziplinaruntersuchung einzuleiten. Die Thatsache ist richtig. Ich habe aber auch bereits vernommen, daß das Appell.-Gericht in seiner Antwort an das Justizministerium gegen jedes weitere Disziplinarverfahren wider die beiden Genannten sich ausgesprochen habe. Nicht minder soll das Gericht die Wiederzulassung der in Folge jener November-Ereignisse suspendirten Referendarien beim Justizminister befürwortet haben. Die Gründe für ein solches Verfahren liegen freilich sehr nahe.

In Betreff Temmes hatte sich hier vor Kurzem durch Reisende aus Bremen das Gerücht verbreitet, daß er Aussicht habe, in Bremen oder Lübeck eine Anstellung als Advokat oder Richter zu erhalten. Es hat sich ergeben, daß das Gerücht ein völlig leeres war.

Kiel, 20. März. Mit den schleswig-holsteinischen Angelegenheiten scheint es zu einem raschen Abschluß zu kommen. Obwohl die Ablieferung des Materials erst unterm 10. k. M. vollendet sein wird, so soll doch jetzt schon, wie man den „H. N.“ schreibt, die Auflösung der Cadres in Angriff genommen werden. Man sagt, daß die Kommissare zur größten Eile drängen. Mit der Auflösung der Cadres wird die vollständige Entlassung des Offizierkorps Hand in Hand gehen. Das dänische Gouvernement soll sich zu gar keinen definitiven Zusagen verstehen wollen, und seine Unnachgiebigkeit so weit treiben, daß selbst das Schicksal der unglücklichen Verstümmelten, deren man hier eine so große Zahl einherwandeln sieht, in Frage gestellt sei. — Aus sicherer Quelle wird versichert, daß jetzt die Anerkennung der Obligationen der schleswig-holsteinischen Zwangsanleihe definitiv festgestellt ist.

Malchin, 20. März. Der Landtag hat heute das Gesetz wegen Aufhebung der Prügelstrafe zurückgenommen, um dem vernünftigen Ermessen des Richters wieder die ihm gebührende Geltung zu verschaffen, zumal es an Anhalspunkten nicht fehle. Unter diesen wird u. A. aufgeführt, daß während der Voruntersuchung die körperliche Züchtigung nur mit großer Vorsicht und nach vorausgegangenen gelinderen Strafen angewendet werden dürfe. — Also eine „gelinde“ Tortur! — In Rücksicht auf die Revision des Preßgesetzes beschloß der Landtag, sich gar nicht zu erklären, da weitere Vorlagen in Aussicht ständen. Der „engere Ausschuß“ wird beauftragt, Einbringung derselben zum nächsten Landtage zu beantragen. (N. Z.)

(**Dresden**, 23. März. Der Buchhändler Bromme, der, wie wir Ihnen gemeldet haben, im Dezember vorigen Jahres wegen seiner Betheiligung an den Maiereignissen in erster Instanz zu fünfjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt worden war, ist vom Oberappellationsgericht freigesprochen und gestern Abend der Haft entlassen. Die Fälle, daß in erster Instanz Verurtheilte in zweiter freigesprochen worden, gehören zu den seltenen im Maiprozesse.

Kassel, 21. März. Der kurhessische Hauptmann Beß und der Sekondlieutenant v. Ries, welche hier ihren Abschied genommen hatten, sind in Hamburgische Dienste gekommen. Ersterer war hier jüngster Kapitän im Leibregiment und ist dort Major und Bataillonskommandeur geworden, und letzterer, welcher hier in demselben Regimente stand, tritt als Premierlieutenant dortselbst ein. Eben so soll der kürzlich noch verabschiedete Major Pfister in mecklenburgische Dienste als Major angekommen sein. Es ist erfreulich, zu sehen, wie unsere braven kurh. Offiziere anderswo aufgenommen werden.

Fulda, 21. März. Auf den 24. d. M. ist eine Abtheilung bayrischer Truppen von ungefähr 300 Mann angesagt, welche auf ihrem Rückmarsch von Marburg nach Baiern hier einquartiert werden sollen. (Fr. J.)

Darmstadt, 20. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die von der Regierung beantragte Prorogation des früheren Finanzgesetzes bis zum 1. Juli d. J. mit 35 gegen 13 Stimmen angenommen.

Mannheim, 19. März. Das Mannh. Abendblatt berichtet: Wie uns versichert wird, ist den Hofgerichtsrath v. Ihstein dieser Tage der ganze Rückstand seiner suspendirt gewesenen Pension sammt Zinsen durch Mannheimer Staatseinnehmereien ausbezahlt worden.

Heidelberg, 16. März. Gestern wurde im hiesigen Bahnhofe der Student L. verhaftet, weil er auf seiner Fahrt von Bruchsal hierher mit noch Einigen das „Heckerlied" gesungen hatte, und gegen einen Soldaten, der ihm dies untersagte, sogar das Messer gezogen haben soll. Ein Kutscher, der sich beleidigende Aeußerungen gegen die arretirenden Soldaten erlaubte, wurde von diesen ebenfalls festgenommen.

— 18. März. Vor einigen Tagen wurde ein Tabakshändler, welcher Packete mit dem Bildnisse Heckers vor seinem Ladenfenster ausgestellt hatte, verhaftet und um kriegsrechtlich behandelt zu werden, nach Rastatt geführt. Das Mannheimer Abendblatt, bekanntlich seit jüngster Zeit in ein Organ des „sittlichen" Ultramontanismus umgewandelt, meint, daß, „wo solche Thatsachen vorliegen", von einer Aufhebung des Kriegszustandes nicht mehr die Rede sein könne.

Karlsruhe, 18. März. Gegen Maria Antonia Stehlin, Ehefrau des Schriftverfassers Achaz Stehlin aus Ettenheim, wurde das hofgerichtliche Erkenntniß, wodurch dieselbe wegen Betheiligung an der Revolution zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre verurtheilt worden war, vom Oberhofgericht bestätigt. Die Verurtheilte ist flüchtig. (Fr.J.)

Stuttgart. Die neuesten Leitartikel des Staatsanzeigers deuten an, daß man mit der Aufhebung der Tübinger Bürgerwehr umgeht, die sich durchaus nicht freiwillig dem allgemeinen Winterschlaf unterwerfen will. (Bec.b)

München, 20. März. Die eben (Mittags) geschlossene kurze Sitzung der Abgeordneten brachte von Interessanterem hauptsächlich die Antwort v. d. Pfordten's auf die Wallerstein'sche Interpellation wegen Kurhessen. Er erklärte, heute nicht, wohl aber später auf das Materielle derselben eingehen zu wollen, zunächst aber bemerken zu müssen, daß die Competenz der Kammer gegenüber der behaupteten Connexität der deutschen mit der hessischen Frage nur so weit bestehe, als in Erledigung der ersteren etwa die bairische Verfassung alterirt werden könnte; berichtigen müsse er, daß in Hessen dreierlei Kriegsgerichte (Geächter) bestehen und baierische Offiziere nur an jenem Theil nehmen, welches die gegen Behörden und die Exekution des Bundes vorkommenden Contraventionen aburtheile. —

Justizminister Kleinschrod ist fortwährend unwohl, daher die Beantwortung der Kolb'schen Interpellation wegen der pfälzischen Geschwornenliste bis zu seiner Genesung vertagt ist. (Fr. J.)

Eine der in der Denkschrift des Episkopats ausgesprochenen Forderungen macht sich bereits praktisch geltend: der Kultus-Minister hat für die katholischen Pfarramtskandidaten einen sogenannten Pfarrprüfungskonkurs ausgeschrieben; die Bischöfe haben den Pfarramtskandidaten ihrer Diözesen, weil diese Angelegenheit nicht ihnen allein überlassen wurde, bei Vermeidung der Suspension verboten, an jener Prüfung Theil zu nehmen!

Aus östr. Schlesien, 15. März. Wir haben also demnächst der Verkündigung der neuen Preßgesetze entgegen zu sehen. Diese neuen Strafgesetze unterscheiden sich von den bei unserer Armee eingeführten Kriegsartikeln nur dadurch, daß bei diesen Galgen und Kugel die Hauptrolle spielen, bei jenen aber Verlust des Staatsbürgerrechts und Unfähigkeit zu jedem öffentlichen Amte, etwa Nachtwächterdienste ausgenommen. Es ist unerhört in der Gesetzgebung civilisirter Staaten, ein Preßvergehen mit dem Verluste aller bürgerlichen Rechte zu bestrafen, denn dadurch wird der östreichische Literat oder Journalist mit dem gröbsten und gemeinsten Verbrecher zusammen in eine Klasse geworfen. Die Preßgesetze bilden abermals einen würdigen Pendant zu dem Programme jener Männer, die bei ihrem Amtsantritte in Kremsier die schönen, nicht bloß vom östreichischen Volke, sondern von ganz Europa vernommenen Worte sprachen, „die Sache der Freiheit zu der ihrigen machen zu wollen." — Die Begriffe von Freiheit sind freilich sehr verschieden und gegenwärtig sind wir in Oestreich wieder so weit, daß man Geographien verbietet.

Wien, vom 19. März. Briefe vom Armee-Corps des FML. Baron Legeditsch in Holstein melden zahlreiche Desertionen aus den Reihen der österreichischen Truppen, welche gewöhnlich von Hamburg heimlich nach England hinübergeschafft werden und wobei man vermuthet, daß die Propaganda ihre Hand im Spiel haben dürfte, da vorzugsweise Italiener diesen Ausweg ergreifen, für welche bei ihrer Unkenntniß der deutschen Sprache nothwendig eine Vermittelung angenommen werden muß. Nach den Italienern sind es besonders die eingetheilten magyar. Honveds, welche von der Gelegenheit Gebrauch machen, eine Fahne zu verlassen, zu der sie nur ein verhaßter Zwang getrieben hat. An einem einzigen Tage kamen 12 österreichische Deserteurs in London an und die Zahl aller bis zum 6. März fahnenflüchtig gewordenen Soldaten wird in jenen Briefen auf 72 angegeben, worunter 32 Italiener und 25 Ungarn, die Uebrigen sind Deutsche und Slaven, die nicht aus politischen Motiven desertirten, sondern aus Unzufriedenheit mit ihrem Stand, wie dies zu allen Zeiten vorzukommen pflegt. In Folge dieser betrübenden Erscheinung hat General Legeditsch besondere Vorsichtsmaßregeln ergreifen müssen, und wenn bis jetzt nicht das Standrecht in aller Form publizirt worden ist, so liegt die Ursache davon lediglich darin, daß ohnehin die Desertion bei diesem Armee-Corps mit dem Tode bestraft wird, weil sich selbiges auf dem Kriegsfuß befindet und als vor dem Feinde stehend betrachtet wird. Hieraus erklärt sich aber auch, weshalb just ein italienisches Infanterie-Regiment die Ordre zum Heimmarsch erhielt und die Tyroler Jäger kehrten darum zurück, weil das Gefühl des Heimwehs bei diesen Gebirgssöhnen in den weiten Marschebenen Nord-Deutschlands mächtig erwachte. (Br. Z.)

— Der „österr. Correspondent" schreibt: Dem Vernehmen nach haben die 3 verbündeten Monarchen des Oesterreich, Rußland und Preußen als gegenseitiges Pfand des Freundschaftsverhältnisses unter einander die goldenen Ketten ihres ersten Hausordens ausgetauscht.

— In industriellen Kreisen versichert man, daß Preußen, oder eigentlich der Zollverein, dem österr. Handelsministerium jene Zugeständnisse gemacht habe, welche in der ersten Periode als Bedingung eines stufenweisen Anschlusses an den Zollverein, nach der Denkschrift vom 30. Dezember, von jenem Ministerium bestimmt wurden; diese Bestimmungen umfassen bekanntlich die gegenseitige zollfreie Einfuhr von Rohstoffen.

— Der Handelsminister hat im Interesse der arbeitenden Klasse an mehrere Handelskammern folgende Fragen gerichtet: Wie hoch beläuft sich der tägliche Erwerb eines Arbeiters, und zwar speziell des Mannes, der Frau und des Kindes? Welches Handwerk gewährt den höchsten Verdienst und welches den niedrigsten? In welchem Verhältniß steht der Verdienst des Arbeiters auf dem Lande zum Verdienst des in Fabriken u. s. w. beschäftigten Arbeiters? Welches ist die Einrichtung von Unterstützungsstiftungen für Arbeiter?

(Lloyd.)

Ausland.

Ungarn. — Die in Kiutahia gefangen gehaltenen Ungarn erhalten in kurzer Zeit ihre Freiheit in Folge der energischen Schritte Arif Paschas, des türkischen Gesandten am Wiener Hofe. Oestreich und Rußland verlangten, daß die ungarischen Flüchtlinge nach Amerika geschickt würden, weil die Anwesenheit Kossuths, Batthyanis und Meßaros im Or ente jenen Staaten unangenehm sei. Türkischerseits ging man jedoch nicht darauf ein. Man erklärte, daß die Flüchtlinge sodann mit amerikanischen Pässen nach der Türkei zurückkehren und alle weiteren Vorsichtsmaßregeln umgehen können, wenn ihnen daran liege, in der Türkei ihren Aufenthalt zu nehmen. Andere Berichte aus Kiutahia erzählen von einem geheimen Briefwechsel zwischen den dortigen Verbannten und ihren Freunden in Ungarn. Anfangs wurde die gewöhnliche Geheimschreiberei mit Citronen- und Zwiebelsaft angewendet. Später nahm man zur Chemie die Zuflucht. Man schrieb auf chemisch zubereitetes Papier mit einer Composition, die beim Eintrocknen spurlos verschwand. Dann wurde mit einer schlecht haltenden Dinte dasselbe Blatt mit den gleichgültigsten Dingen beschrieben. Der Empfänger wendete ein Reagens an, welches die Dinte verschwinden, den beabsichtigten Inhalt aber erscheinen machte. Den Argusaugen der Polizei entging dieses Manöver nicht, und mehrere Verhaftungen waren die Folge davon.

Schweiz. — Chiasso, Kanton Tessin, 18. März. Heute soll der Marschall Radetzky in Como eingetroffen sein. Es ist dem Militär, das zunächst an der Grenze aufgestellt ist, Befehl gegeben worden, bei Nachtzeit nach dreimaligem vergeblichen Anrufen zu schießen; in Folge davon soll gestern Abend ein Mann aus dem Valle die Muggio vom tödlichen Blei getroffen worden sein, der, wie es scheint, einen Schmuggelversuch gewagt hatte. — Das sonst so belebte Chiasso ist seit gestern wie ausgestorben; der Handel stockt vollkommen; hoffen wir, daß dieser Zustand von kurzer Dauer sei. — Was bedenklich aussieht, ist, daß Como, wo sonst nie Artillerie gelegen hat, nun so stark mit solcher besetzt ist. — Man spricht von Interventionsgelüsten, ob mit Recht — wird die nächste Zukunft lehren.

Zürich, 20. März. Der Bundesrath hat die Internirung der französischen und italienischen Flüchtlinge angeordnet und dieß den betreffenden Kantonen (Zürich, Luzern, Aargau, Sankt Gallen und Thurgau) angezeigt. Die Zahl und Namen der jedem einzelnen Kanton zugetheilten Individuen werden später jeder Regierung durch das schweizerische Polizeidepartement mitgetheilt werden. Dabei bemerkt das betreffende Schreiben, daß diese Flüchtlinge seither der öffentlichen Wohlthätigkeit nicht zur Last gefallen seien.

Genf, 19. März. Bürger Philipp Becker improvisirte am Grabe Galeers folgende Grabrede:

Bürger, Freunde, Proletarier! Mit tief bewegten Herzen will ich versuchen das Wort zu ergreifen. Es liegt ja vor uns im Grabe ein schönes, großes Leben: ein abgerissenes Stück mitschöpferischer Welt. Es ist kein gewöhnlicher Trauerschmerz, der einen hier beschleicht. Nur wenn man die Tafeln der Geschichte aufrollt, wenn man auf den Schnee- und Eissteppen Rußlands die Manneskraft Europas, eine große kriegsmuthige Armee im Hunger erstarren sieht; wenn man nach Ungarn blickt, wo man ein heldenmüthiges Volk abgeschlachtet, wenn man nach Italien schaut, wo man wiederholt ein Volk in sein Grab zurückgestoßen; wenn man in das stille, tiefe Elend einer gehetzten Emigration blickt, dann kann man etwa einen ähnlichen Schmerz empfinden. Unser Galeer war ja so edel wie kühn, so gemüthvoll wie energisch, so geistvoll wie bescheiden! Ihn brauchen wir nicht zu bedauern, er selbst hat ja so glücklich vollendet, sondern uns und den unglücklichen Verlust müssen wir bedauern. Wir haben einen Bruder verloren, die Wahrheit hat einen lichtvollen Kämpfer, einen kräftigen Stützpfeiler verloren. Selbst seine Feinde, dünkt mir, müssen trauern, denn sie haben einen offenen und ehrlichen Gegner verloren. Waren auch gegen ihn nicht alle Menschen wie Brüder, so wollte er doch gerne aller Menschen Bruder sein, kamen sie von der Wolga oder von der Tiber, von der Theiß oder von der Seine! Man wirft ihm hie und da vor, er sei zu weit gegangen, aber Galeer war ja Führer einer Avantgarde und sein Posten war vorne und nicht hinten! Erlaubt mir zu schließen. Ich will es versuchen mit seinen eigenen Worten. Wie oft sagte er in seinem freundlichen Geselligkeitston, wenn von dem Tode lieber Freunde die Rede war: Der Tod! das ist ja nichts! das Sterben ist ja nur ein Spaß! Lebt doch die Menschheit fort, leben doch die Ideen fort, lebt doch die gute Sache fort! Wie diese Anschauung ein großer Trost im Leben unseres Freundes war, so laßt sie für uns einen Trost über seinen Tod sein. Aber immer und ewig und von Land zu Land laßt es uns sagen: Galeer war ein großer Proletarier."

Italien. — Von der Insel Sardinien, Ende Februar. Dieses lange vernachlässigte Land fängt endlich an sich zu erholen. Karl Albert hat das Verdienst, das Lehnwesen aus eigenem Antriebe aufgehoben zu haben, wobei die Lehnsherren mehr als reichlich entschädigt wurden, welche eben stets gegen eine engere Verbindung mit den Staaten des festen Landes waren, bis endlich das Volk gegen den Willen der alten Stände dem König im J. 1847 die Bitte um gänzliche Vereinigung vortragen konnte. Mit der Verfassung suchte man gleichzeitig die Macht der Geistlichkeit zu brechen. Der hiesige Erzbischof, Emmanuel Marongio, hatte bekanntlich die Richter in Bann gethan, welche ihre Gerichtsbarkeit über die Geistlichen ausdehnen wollten. Darauf verfügten der Generalstaatsanwalt Castelli und der Präsident des Appellhofs zu Cagliari, nach einem freilich alten Gesetz aus der spanischen Zeit, die Entfernung des Erzbischofs, der in Civitavecchia ans Land gesetzt wurde. In materieller Hinsicht wird es in Sardinien besser.

(A. Z.)

Frankreich. — *** Paris, 21. März. Der Gegenstand, der die Politiker par excellence Wochenlang beschäftigt und zu den mannigfaltigsten Gerüchten Veranlassung gegeben hat, — die Bildung eines definitiven, parlamentarischen Ministeriums — hat gestern, wie von allen Seiten versichert wird, seine Erledigung gefunden. Hr. Odilon Barrot ist der glückliche, oder wenn Sie wollen, der unglückliche „Staatsmann," der das neue Cabinet aus der Taufe heben wird. Nachdem B. längere Zeit mit dem Elysee über die Bildung eines neuen Ministeriums in Unterhandlung gestanden, ist er gestern offiziell zu dem Präsidenten beschieden und hat sich bereit erklärt mit den Hrn. Baroche, Fould, Rouher, ꝛc. in ein neues Cabinet einzutreten. Barrot soll aber nur unter der Bedingung angenommen haben, der inneren Politik eine andere Richtung geben zu dürfen — und zwar in der Weise, daß die Rücknahme des Wahlgesetzes vom 31. Mai und die Revision der Constitution beantragt würde.

Die Commission, welche das neue Gemeinde-Gesetz prüft, hat heute nach einer lebhaften Debatte, an welcher sich unter andern Michel de Bourges, E. Arago und Odilon Barrot betheiligten, den wichtigen Beschluß gefaßt, daß daß Wahlgesetz vom 31. Mai auf die Gemeinde-Wahlen nicht anzuwenden sei. Dieser Beschluß hat in der Nat.-Vers. große Sensation erregt.

Die Nachrichten aus dem Süden sind ernster Art; sie sprechen von einer großen sozialistischen Bewegung, die in diesem Sommer oder jedenfalls vor den Wahlen von 1852 ausbrechen soll. Mehr als 60 Berichte sind im Ministerium des Innern eingetroffen, die sogar zum Theil den detaillirten Plan der Revolte geben. Wie es scheint, soll dieselbe in Marseille anfangen, dann über Lyon und Toulouse den Osten und Westen zu gewinnen suchen und zuletzt erst sich auf Paris dirigiren.

Die Sitzungen der Nat.-Versammlung waren in dieser Zeit für den auswärtigen Leser von sehr geringem Interesse, da meistens Lokalangelenheitrn oder unbedeutende Gegenstände auf der Tagesordnung standen. Auch die heutige Sitzung bot wenig dar. Es wurde der Gesetzvorschlag von de Larochejaquelein und de Labrelle folgenden Inhalts verhandelt: „Der Artikel 2 des Gesetzes vom 31. August 1830, der alle Beamten, die binnen drei Monaten dem am 7. August 1830 ernannten König nicht den Eid geleistet haben würden, für aus dem Dienst getreten erklärt, ist in Betreff der Offiziere aller Grade abgeschafft. Die Offiziere, die für aus dem Dienst getreten erklärt worden sind, weil sie den Eid verweigert haben, werden in alle Rechte wieder eingesetzt, in deren Besitz sie zur Zeit der Verkündigung des Gesetzes vom 31. August 1830 sich befanden." Der Prüfungsausschuß hatte sich für die Zulassung des Vorschlags zur Berathung ausgesprochen. Nach einer längern Diskussion ward der Vorschlag mit 393 gegen 190 Stimmen abgewiesen.

Bei der gestrigen Studentenmanifestation haben sich die Stadtsergeanten mit großem Ruhme bedeckt: Sie sind mit einer Brutalität, die ihres gleichen sucht, gegen diese jungen Leute eingeschritten und haben sich nicht entblödet, friedliche Spaziergänger auf das scheußlichste zu maltraitiren. Von den verhafteten Studenten ist der größte Theil heute wieder entlassen.

Lyon, 13. März. Die Voruntersuchung über das hiesige politische Complott wird demnächst geschlossen werden. Wie in wohlunterrichteten Kreisen versichert wird, hatte dasselbe eine weite Verzweigung nach dem Ausland und namentlich nach der Schweiz. Unsere Rothrepublikaner haben in ihren sozial-demokratischen Strebungen trotz der Schärfe des Belagerungszustandes bis jetzt ihre Hoffnungen nicht aufgegeben. Sie suchen und wissen die Behörde zu täuschen und trotz aller Vorsichtsmaßregeln ihr propagandistisches Handwerk fortzusetzen. General Castellane hat durch einen gestern erlassenen Tagesbefehl das Tragen von rothen Bändern und rothen Quasten, die äußerlich zum Erkennungszeichen und Losungswort der Sozialdemokraten dienten, in dem Bereiche der von ihm befehligten Departements verboten. Bei der Conskriptionsziehung in dem nahen Vienne kamen vor einigen Tagen heftige Auftritte vor, welche die dortigen erbitterten Republikaner gegen die Polizei und das Militär angezettelt hatten. Der Polizeikommissär, welcher einen Aufrührer verhaften wollte, wurde durchgeprügelt und mußte die Flucht ergreifen. Im ganzen Süden ist die „Ausgelassenheit" des Landvolks auf die Spitze getrieben. Der Belagerungszustand allein hält die Leute vor „Gesetzlosigkeit" zurück. Bonapartistische Anhänglichkeit findet man wenig. Entweder sind die Leute — um mich des dahier gangbaren Ausdrucks zu bedienen — schneeweiß oder blutroth. Es ist wahr, daß der Bauer gewaltig von dem Drucke der Zeit leidet. Die Liegenschaften sind fast werthlos, denn der Boden trägt kaum so viel, um die Kosten des Anbaues zu bestreiten. (A. Z.)

Großbritannien. — London, 18. März. Benutzen wir die politische Dürre, um wieder einen Blick auf das Commerzielle zu werfen. Der Anblick ist an sich kein erfreulicher, erinnert uns aber an einen großen Trost, der nicht oft genug wiederholt werden kann: wie hoch die ökonomischen Gesetze und Prozesse über den politischen stehen, mit welcher Sicherheit und unwiderstehlichen Gewalt sie sich dieselben unterworfen. Die Stuarts, die gottbegnadeten, sind wörtlich am Courszettel zu Grunde gegangen. Die Entdeckung Amerikas hatte den Werth des Geldes gedrückt, das Unterhaus wollte gleichwohl die Civilliste nicht erhöhen und die Stuarts konnten doch auch von der Gnade Gottes allein nicht leben; so entstanden die Gelddifferenzen, und diese waren unter allen Motiven der Revolution das am Kräftigsten wirkende. Auch Herr Hassenpflug faselt von göttlichen Rechten und christlichem Staate und muß bei jüdischen Banquiers antichambriren.

Die Thatsache, um die es sich jetzt handelt, ist das Eisenbahnfieber. Es dauert nicht blos fort, sondern wächst an Hitze und Ausdehnung. Die am Schlusse voriger Woche gehaltene Abrechnung

hat unter andern folgende Fluktuationen ergeben: Eastern-Counties 25 pCt., Aberdeen 30, Caledonians 50, East-Anglian 66, Newmarket 78, Ambergate 100, schreibe hundert Prozent. Auch die französischen hier gangbaren Aktien werden von einem Tage zum andern um 20, 30, 50 Schilling höher quotirt. Ein Grund wird für diese ungeheure Bewegung angegeben und ein sehr lächerlicher — die Vermehrung der Einnahmen durch die Besucher der Ausstellung! Um den wahren Grund zu erfahren, braucht man nur Jemanden zu fragen, der in irgend einem produktiven Handelszweige beschäftigt ist. Die stereotype Antwort lautet so lange: very dull, indeed. Das Geld kann in dem produktiven Handel keine Beschäftigung finden. Was es heißen soll, wenn die „Times" schreibt: die Dinge heute hätten gar keine Aehnlichkeit mit der früheren Eisenbahnmanie; wenn heute ein Unglück passirte, so träfe es ja nur die Spieler — ist schwer zu begreifen. In früheren Krisen traf es zunächst auch Niemanden anders, als die Spieler, aber es gibt wenig Familien, die nicht zu erzählen haben, wie weit sich die Erschütterung über den Kreis der Stockjobbers hinaus fortpflanzte. (N. Z.)

N London, 20. März. Lord Ashley hat gestern dem Erzbischof von Canterbury eine Petition von 239,760 Priestern und Laien der englischen Kirche überreicht, in welcher derselbe gebeten wird, Maßregeln zum Schutz der engl. Kirche zu ergreifen. — In der Sitzung des Unterhauses wurde die Diskussion über die Titelbill fortgesetzt und nicht zu Ende gebracht. Morgen weitere Fortsetzung.

Türkei. — Die Hauptposition der bosnischen Insurgenten erstreckte sich Anfangs von Pridor bis Kluc längs der Sanna. Neuesten Nachrichten zufolge unternahmen die auf den beiden äußersten Flügeln befindlichen Anführer eine vorschreitende Bewegung, so daß Ali Kedic längs der Gomolnicza gegen Banjaluka zog, sich dessen bemächtigte und Kadia Kapic von Kluc über Podrasnieza gegen Varzar und Jesero rückte. Die beiden äußersten Flügel der Rebellen stehen am Verbas und der Pliva.

Aus Bosnien, 8. März. Mustafa-Pascha Melemendsi, welcher von Travnic aus den Rebellen der Kraina entgegenzog, griff dieselben vorgestern bei Jaiza an und jagte sie nach zweistündigem Kampf in die Flucht. Sie verloren bei hundert Todte und 40 Gefangene, darunter ihren Führer Ibrahim. Zur Abreise des Wessiers aus Sarajevo sind alle Anstalten getroffen. (Reichsz.)

Amerika. — LC. New-York, 18. Febr. Nach einer in Evening Post mitgetheilten Berechnung enthalten die 31 Staaten der Union jetzt 23,130,000 Einwohner, jedoch dürfte diese Zahl eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein. Von folgenden Staaten liegt der umständlich spezifizirte Census vor.

Einwohner-Zahl	1840	1850	Zuwachs innerhalb zehn Jahren.
New-Hampshire	284,574	317,999	33,425
New-York	2,429,000	3,099,029	670,029
Pensylvanien	1,510,311	2,053,133	542,822
New-Jersey	373,306	489,381	116,075
Ohio	1,519,467	1,981,940	462,473
Wisconsin	30,945	305,121	274,176
Missouri	383,702	681,547	297,845
dorunter	(58,240) Scl.	(87,627) Scl.	
Kentucky	779,828	993,344	213,516
darunter	(182,258) Scl.	(211,237) Scl.	
Virginien	1,239,797	1,428,863	189,066
darunter	(468,988) Scl.	(475,972) Scl.	
Maryland	469,232	580,633	111,401
darunter	(89,495) Scl.	(89,685) Scl.	

Man rechnet durchschnittlich auf die

	1850	1840
1. Neu England Staaten, näml.: a. Maine, b. New-Hampshire, c. Massachusetts, d. Rhode Island, e. Connecticut, f. Vermont	2,742,000	2,235,000
2. Mittel freien Staaten, näml.: a. New-York, b. New-Jersey, c. Pensylvanien, d. Ohio, e. Delaware	8,033,000	6,123,000
3. die Westl. freien Staaten, näml.: a. Indiana, b. Illinois, c. Michigan, d. Wisconsin, e. Jowa, f. California	2,940,000	1,473,000
Total der freien Staaten	13,770,000	9,831,000

4. die östlichen Sclavenstaaten, nämlich:

	Freie	Sclaven	Total
a. Maryland, b. Virginien, c. Nord- d. Süd-Carolina, e. Georgia, f. Florida, g. Alabania	3,373,000	1,946,000	5,319,000
5. die westl. Sclavenstaaten, nämlich: a. Mississippi, b. Tenessee, c. Kentucky, d. Missouri, e. Arkansas, f. Louisiana, g. Texas	2,809,000	1,091,000	3,900,000
Total der Sclavenstaaten 1850			9,219,000
deren Bevölkerung 1840 betrug 7,331,000			
6. die Territorien: a. Minnesota			
b. Utah			6,000
c. New-Mexico			30,000
d. Oregon			90,000
dazu die fernere St.			15,000
Summa der Bevölkerung			13,130,000
			23,130,000

Diese Bevölkerung wird nach einer in letzter Sitzung passirten Congreßakte durch 233 (der jetzigen Mitgliederzahl des Repräsentantenhauses) dividirt, um die Volksvertretung in den nächsten 10 Jahren zu bestimmen.

Demnach mögten ohngefähr 95,447 Einwohner auf einen Repräsentanten kommen, während diejenigen Staaten, in welchen die größte Einwohner-Fraktion unter 95,447 wohnt, befugt sind, die nach diesem Maßstab zu den 233 Repräsentanten etwa noch fehlenden Glieder zu stellen. Nach dem Census von 1840 kam auf jedes Mal 70,630 Einwohner ein Repräsentant.

New-York, 5. März. Den Schluß des Congresses zeichnet die Bill, ein Schiff zur Abholung Kossuths und seiner Gefährten abzuschicken, aus — sie wurde mit großer Majorität angenommen.

Verantwortlicher Redakteur Dr. Hertzberg.

Für Temme's Familie ging ferner bei uns ein:

Aus Brakel durch Herrn A. . .	11 Thlr.
Bestand	12 „ 10 Sgr.
	23 Thlr. 10 Sgr.

Die Exped. der Westf. Ztg.

Bekanntmachung.

Die unten bezeichneten Naturalien aus den Beständen der Landes-Magazine Westfalens sollen in nachstehender Weise gegen gleich baare Zahlung an Ort und Stelle verkauft werden:

Landes-Magazin.	Tag des Verkaufs.	Ohngefährer Betrag der zu verkaufenden Naturalien: Graupe. Ctr.	Grütze. Ctr.	Roggen. Wspl.	Hafer. Wspl.	Heu. Ctr.	Stroh. Schock
Bochum	2ten April	—	—	—	—	67	5
Herford	2ten „	68	70	—	—	83	230
Brakel	4ten „	—	—	16	9	211	42
Eslohe	4ten „	—	—	22	85	102	14
Bielefeld	5ten „	—	—	—	—	—	34
Gütersloh	7ten „	39	39	—	—	293	77
Sorst	10ten „	208	208	—	—	—	—
Lübbecke	10ten „	14	53	7/24	3/4	752	147
Rehme	14ten „	108	108	—	—	1306	241

und können die dem Verkaufe zum Grunde liegenden Bedingungen während der gewöhnlichen Amtsstunden in unserm Geschäftslokal und bei den Militair-Magazin-Verwaltungen zu Minden, Paderborn und hier eingesehen werden, auch sind die betreffenden Landrathsämter ersucht worden, qu. Bedingungen bei den Ortsbehörden mehrerer geeigneter Städte des bezüglichen Kreises auslegen zu lassen.

Münster, den 20. März 1851.

Königliche Intendantur des 7ten Armee-Corps.
Funck.

Aecht römische und italienische, so wie auch deutsche Violoncello- Guitarre- und Violin-Saiten aller Art sind vorräthig und billig zu haben bei
III. 3. **Johann Peters** bei den Mühlen.

Beim Quartalwechsel empfehlen wir uns zur schnellsten und pünktlichsten Besorgung des beliebten Berliner Witzblattes:

Kladderadatsch.

Preis vierteljährlich 17½ Sgr.

Die Buchhandlung von Wilh. Crüwell in Paderborn.



Auf dem Gute Simonshof bei Fürstenberg im Sentfelde stehen 6 Stück Kühe, wovon 2 frischmilch sind, und die übrigen in den nächsten Wochen milch werden, 3 zweijährige Rinder, 4 zweijährige und 2 vierjährige Zugochsen zum Verkauf.

Messina-Apfelsinen p. Stück 2 Sgr. empfiehlt
Wilh. Hesse.

Volks-Gesangverein.

Dienstag, den 25. März, Abends 8 Uhr im Buse'schen Lokale.

Vier Schmiede-Gesellen werden gesucht und können sofort gegen gute Besoldung in Arbeit treten. Anmeldungen nimmt der Mühlenmeister Schwarzendahl in Paderborn entgegen.

Agenten-Gesuch.

Für ein überall leicht zu betreibendes Geschäft werden Agenten gesucht und denselben eine sehr bedeutende Provision garantirt.
Frankirte Anfragen unter Chiffre F. U. Nr. 30 poste restante Zwönitz (Sachsen) werden prompt beantwortet.
VI. 5.

In einem Colonialwaaren-Geschäfte wird ein junger Mann, welcher die nöthigen Schulkenntnisse besitzt, als Lehrling gesucht. Wo, sagt die Exped. dieser Zeitung.

Todesanzeige.

Nach mehrwöchentlichen Leiden an einer den Masern gefolgten Unterleibskrankheit starb am 19. d. M. mein einziges Kind, ein Söhnchen drei Jahre drei Monat alt.
Ich bitte um stille Theilnahme.
Münster, den 23. März 1851.

Grnwe,
Obergerichtsassessor.



Westfälische Staats-Eisenbahn.

Bekanntmachung.

Zur Herstellung zweier, auf der Westfälischen Eisenbahn zwischen den Dörfern Neuen- und Altenbeken zu errichtenden Viadukte von resp. 1560 Fuß und 742 Fuß Länge, und 50 bis 107 Fuß Höhe, soll die Ausführung der Maurerarbeiten, so wie der zu diesen Bauwerken erforderlichen Kalk- und Sandlieferungen im Wege der Submission ausgegeben werden.

Die Arbeits- und Lieferungs-Bedingungen, ebenso die Construktions-Zeichnungen von den Viadukten können in unserem Central-Büreau hierselbst, täglich in den Geschäftsstunden eingesehen, auch erstere gegen Erstattung der Vervielfältigungskosten auf Verlangen einzeln mitgetheilt werden.

Die Offerten sind der unterzeichneten Direktion mit der Aufschrift:

„Offerte über die Ausführung der Maurerarbeiten an den Viaducten im Beke-Thale"

oder:

„Offerte über Kalk- und Sand-Lieferung"

bis zum 5. April cur. Morgens 11 Uhr portofrei einzusenden, zu welchem Termine die eingegangenen Anerbietungen in Gegenwart der etwa erschienenen Unternehmungslustigen eröffnet werden sollen.

Später eingehende Offerten werden nicht berücksichtigt.

Die Anbieter bleiben 4 Wochen an ihr Gebot gebunden und können bei der erwähnten Arbeits-Entreprise nur Maurermeister concurriren.

Paderborn, den 16. März 1851.

Die Königliche Direktion der Westfälischen Eisenbahn.

Die
Trier'sche Zeitung
wird auch während des bevorstehenden zweiten Quartals fortfahren täglich (mit Ausnahme des Montags) zu erscheinen. Sie bleibt auch ferner was sie war, trotz allen Hemmnissen und Verfolgungen, denen umher fast die gesammte democratische Tagespresse in Preußen erliegen. Unbeirrt selbst durch momentane materielle Opfer wird sie ihre Tendenz, Herstellung eines wirklich volksthümlichen Staatslebens mit allen seinen Consequenzen, zur Anbahnung einer wahrhaften, auf den Gesetzen der Vernunft beruhenden menschlichen Gesellschaft, in ganzer Reinheit auch für die Zukunft durchführen. Besondern Werth dürfte die „Trier'sche Zeitung" für die Gesinnungsgenossen des übrigen Theils unseres Vaterlandes als Hauptorgan der westlichsten Spitze Preußens, der politisch sehr entschiedenen Mosel- mit ihren angrenzenden Gebirgsgegenden haben, indem sie ein fortlaufendes, richtiges Bild der weiterschreitenden Volksentwicklung hier bietet, deren Eigenthümlichkeit und Wichtigkeit durch directe und schnelle Verbindung mit unsern westlichen Nachbarn nicht zu verkennen ist. Die Vermittlung durch die Presse ist um so bedeutsamer, als die volksthümliche Entwicklung des franko-gallischen Elements bei uns und des trans-rhenanischen Germanenthums allerdings noch des engern Bekanntwerdens bedürfen, damit die Solidarität der Völker sie zum unbezwinglichen Bunde einige.

Die „Trier'sche Zeitung" erscheint seit geraumer Zeit mit einem eben so belebenden als humoristischen Feuilleton, und vergißt auch in diesem Theile nie ihre Mission. Bei der Fülle ihrer täglichen Leitartikel und tendenciellen Originalcorrespondenzen glaubt sie sich mit Erfolg auch dem entfernteren Lesepublikum ins Gedächtniß rufen zu können.

Mann abonnirt außerhalb Preußen bei jedem zum deutschen Postverein gehörigen Postamte mit 1½ Thlr. pro Quartal. In Preußen selbst wolle man sich — so lange der „Trier. Ztg." noch der Postdebit entzogen — entweder direct an die Expedition in Trier, oder an die bekannten in einzelnen Orten etablirten Filial-Expeditionen wenden. — Inserate werden mit 1 Sgr. für die Petitzeile oder deren Raum berechnet.

Heute Morgen 3 Uhr wurde meine liebe Frau geb. Schnösenberg von einem Mädchen glücklich entbunden, welches ich entfernten Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzeige
Anton Waldeyer.
Warendorf. 23. März 1851.

Für die Ziehung am 1. Mai 1851
der K. Sardin. Anleihe von Ss. 3,600,000
mit Gewinnen von fs. 40,000, 4000, 2000, ꝛc. ꝛc.
kostet ein Loos 2 Rthlr., 6 Loose 10 Rthlr., 28 Loose 40 Rthlr. — Pläne gratis bei
J. Nachmann & Comp.,
Banquiers in Mainz.

Stahlfedern,
von vorzüglicher Güte sind wieder angekommen und zu billigen Preisen zu haben bei
W. Crüwell.

Druck und Verlag von Wilh. Crüwell in Paderborn.